Wer verurteilt die eigentlichen Straftäter?

Zu: „Harte Strafe gegen Aktivistin der ‚Letzten Generation'", FR-Politik vom 22. September

Es gibt viele gnadenlose Urteile

Der kurze Artikel über die harte Bestrafung der letzten Generation ist ein Weckruf. Nur vordergründig geht es um die Person, einer 41-jährigen Demonstrantin tatsächlich um die Bewegung. Manchmal scheint sich die Geschichte doch zu wiederholen. 1999 bis 2001 war es Ronald Barnabas Schill, der als „Richter Gnadenlos" und anerkannter Kokainschnüffler in Hamburg mit überzogenen Strafurteilen zu unrühmlicher Bekanntheit aufgestiegen ist. Sehr hilfreich waren ihm dabei Medien wie „Bild", die Hamburg zu Deutschlands „Hauptstadt des Verbrechens" erklärten. Die Geschichte der deutschen Rechtsprechung kennt viele gnadenlose Urteile ebenso wie das Mittel der gnädigen Vorzugsbehandlung für besonders begnadete Kriminelle.

Es gibt Richter*innen, die einen Unterschied machen, ob sich jemand wegen der fortwährenden Rechtsverstöße von Politkern friedlich auf die Straße klebt oder wissentlich über Jahre hinweg mit manipulierter Software toxische Fahrzeuge ausstattet und wissentlich die Lebensgrundlagen der Allgemeinheit zerstört, um hohe Gewinne einzufahren. Kleber*innen gefährden die hohen Gewinne der Automobilindustrie und gehören deshalb dauerhaft weggesperrt. Kriminelle Betrüger wie der ehemalige Audichef Stadler sorgen hingegen dafür, dass ihre Gewinne staatstragender Konzerne dauerhaft steigen. Sie dürfen lügen, betrügen und bekommen eine aufmunternde Bewährungsstrafe. Sie stehen über dem Gesetz (Rechtsbeugung die Zweite). Die dritte Säule unseres Rechtsstaates zeigt Risse und wankt.

Was kann ich daraus lernen? Wenn ich meine in der Verfassung verankerten Grundrechte also z.B. die Demonstrationsfreiheit zum Wohle der Gesellschaft wahrnehme, riskiere ich eine hohe Haftstrafe. Wenn ich aus bevorzugter Stellung die Gesellschaft zu deren Schaden und nur zum eigenen Vorteil und dem meiner Klientel betrüge, bekomme ich mildernde Umstände. Arme Justitia.

Thomas Schinkel, Darmstadt

Bayern ist mal wieder ein bisschen weiter

Die CSU will, verkündet durch Generalsekretär Huber, dass es schnell geht. Er meint nicht etwa die Vorgehensweise bei der Energie- und Verkehrswende und allgemein dem Klimaschutz. Nein, ihm geht es darum, dass Bürger, die mittels zivilem Ungehorsam auf die Versäumnisse und Fehler der Regierung hinweisen, möglichst umgehend verurteilt werden. Mit dieser Forderung ist er nicht alleine. Auch CDU-Generalsekretär Linnemann fordert populistisch, im Zusammenhang mit Schlägereien in Schwimmbädern, eine Bestrafung noch am Tattag. Ohne sie beim Namen zu nennen, will die CDU solche Schnellverfahren sicherlich auch bei den Aktivisten der „Letzten Generation", den Mitgliedern dieser „kriminellen Vereinigung". Bayern ist da wieder einmal viel weiter. Hier werden Bürger schon weggesperrt, wenn nur die Vermutung besteht, dass sie eine Straftat begehen könnten. Während man bei den Klimaaktivisten gerne richtig durchgreifen und bestrafen will, werden mutmaßliche Dealer aus der U-Haft entlassen, weil die zuständige Kammer überlastet ist. Kritik an nicht praktiziertem Klimaschutz ist für die Regierenden viel unangenehmer. Untermauert wird die berechtigte Kritik mit den laufenden Horrormeldungen zum aktuellen Verlauf der Klimakatastrophe, die täglich im FR-Klima nachzulesen sind.

Auch die britische Regierung geht hart gegen Klimaproteste vor. Da hat es Russland gut. Hier werden sämtliche kritische Organisationen einfach verboten, und wenn trotzdem jemand aufmuckt, wird er auf Dauer weggesperrt. „Brave new world".

Dieter Murmann, Dietzenbach

Acht Monate Haft sind nicht nachvollziehbar

Im Grunde ist es nicht zu fassen: Man bestraft diese überwiegend jungen Menschen; manche Zeitgenossen schlagen, treten und versuchen sie mit SUVs anzufahren, unfassbar, obwohl sie sich um unseren Planeten große Gedanken machen. Diesen Protest muss eine Demokratie aushalten können. Wir halten doch auch tagelange Streiks aus, ohne den Einsatz von Hundertschaften der Polizei und Staatsanwälten dagegen. Das alles ist m.E. gelebte Demokratie.

Politiker, die diese Themen seit Jahrzehnten vor sich herschieben, bleiben unbehelligt und unberührt. Wer fasst da rechtlich eigentlich mal nach? Wann werden diese Herrschaften wegen Unterlassung zur Rettung unserer Zukunft zur Verantwortung gezogen? Offensichtlich nicht .

Natürlich kann man über die Methodik dieser Aktivisten geteilter Meinung sein, aber acht Monate Haft sind überhaupt nicht nachvollziehbar; da schießt ein Gericht in Berlin weit über das Ziel hinaus. Hier wird Härte (womöglich politische gewollt?) gegen die Falschen gezeigt.

Man kann nur hoffen , dass man in Bayern, nach dem üblichen „Wahlkampfgetöse " , und in Berlin auch mal politisch, ohne riesiges Polizeiaufgebot, zur Vernunft zurückkehrt. Wir haben keine Welt 2.0. Deshalb wünsche ich diesen Aktivisten:innen volle positive Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit und mehr Gelassenheit bei uns. An die Politik geht die Aufforderung, sich endlich ernsthaft und vor allen Dingen, nachhaltig zu kümmern.

Günther Nießen, Rodgau

Ekliger und gemeiner geht es wohl kaum

Aiwanger und die Gewaltphantasien: „Mehr Hass-Parolen", FR-Politik von 23. September

Ja, viele Jugendliche haben mal Gewaltphantasien. Jungen eher als Mädchen, 13-Jährige wohl häufiger als 17-Jährige. Zum Anlass kann alles Mögliche dienen: das „Unrecht" eines Lehrers oder die „Strenge" des Vaters, vielleicht auch die „Demütigung" durch einen Rivalen. Dabei werden alle möglichen Gewalttaten *geplant*, zum Glück aber nur selten ausgeführt. Bei Herrn Aiwanger junior lag die Sache anders. Er phantasierte nicht, sondern bezog sich auf ein reales Ereignis.

In dem Schrieb, mit dem er „irgendwie" zu tun hatte, wird dem Gegner (Vaterlandsverräter!) mit der Vernichtung gedroht, genauer: mit einem „Freiflug durch den Schornstein von Auschwitz". Ekliger und gemeiner geht es wohl kaum. Doch mehr als dieses Fehlverhalten verstört mich , wie er und andere heute damit umgehen.

Für sie ist das eine Jugendsünde, also etwas Banales. Da kommt mir doch das Wort von der „Banalität des Bösen" in den Sinn, von Hannah Ahrendt als Beobachterin beim Eichmann-Prozess geprägt. Sie wollte damit die Haltung des Angeklagten verdeutlichen, der jahrelang Menschen aufspüren, einsammeln, verfrachten und letztendlich ermorden ließ und vorgeblich nie an die Gaskammer dachte, sondern immer nur an den nächsten Schritt. Er sah sich gewissermaßen als Logistikzentrum für die Judenverfolgung. Im Aiwangerskandal würde Ahrendt heute umgekehrt urteilen, dass nämlich Aiwangers Haltung, die Entschuldigung – aber wofür-eigentlich? – und seine Absolution durch politisch Verbündete das Böse an der Banalität sind. Denn eine Haltung, welche die Erinnerung an den Zivilisationsbruch Holocaust einfach abtut, ist nur verwerflich, und sie bedroht unser demokratisches Gemeinwesen.

Die Versuche, den Massenmord zu leugnen oder zu relativieren (siehe der „Vogelschiss"-Vergleich des AfD-Granden Gauland), hat es ja oft gegeben. Aber ihn zur Banalität abzutun ist was Neues. Nach dem Krieg hörte man schon mal: Wenn Hitler nur das mit den Juden nicht gemacht hätte. Soll es ab jetzt etwa heißen: Na und?

Roland Wilhelm, Laubach

BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Tobias Schwab im Gespräch mit Maik Pflaum (Christliche Initiative Romero / Fair Toys Organisation) zum Thema „Wer fair spielt, gewinnt" über den Kampf für Menschen- und Arbeitsrechte in der Spielwarenindustrie. Veranstalter ist die Fairtrade-Kommune Hainburg.
Freitag, 29. September, 19 Uhr
Ehem. Kloster St. Gallen
Hauptstraße 6–8, Hainburg

Pitt von Bebenburg spricht zur Eröffnung der Ausstellung „Walter Zimbrich –Arbeiten aus sechs Jahrzehnten".
Donnerstag, 5. Oktober, 19 Uhr
Stadtgalerie (übe dem Bürgeramt)
Schulstr. 1, Neu-Isenburg

Lutz „Bronski" Büge liest aus seinem neuen Roman „Noah schläft - Die Rückkehr der Arche". Im Rahmen des Festes „Stadtlesen" in Offenbach.
Donnerstag, 5. Oktober, 15 Uhr
Bühne auf dem Aliceplatz, Offenbach

Hanning Voigts moderiert die Veranstaltung „Hessen nach der Landtagswahl" mit Sebastian Schaub (Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen) und Kristina Weißenbach (Politikwisssenschaftlerin, Uni Essen).
Mittwoch, 11. Oktober, 19 Uhr
Gallus-Theater, Kleyerstraße 15
Frankfurt

Richard Meng von der Karl-Gerold-Stiftung moderiert eine politische Diskussion wenige Tage nach den Landtagswahlen: „Deutschland – wohin?". Auf dem Podium sitzen: Bodo Ramelow (Ministerpräsident Thüringen, Linke), Renate Künast (MdB, Grüne), Roman Poseck (hessischer Justizminister CDU), Julia Reuschenbach, Politologin an der FU Berlin. Eintritt ist frei. Livestream: fr.de/eventvideo
Mittwoch, 11. Oktober, 19.30 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Söder hat ins Glas geschaut

Pläne für „Integration": „Chipkarte statt Bargeld", FR-Politik vom 18.9.

Als muslimischer Flüchtling würde ich mich fragen, ob Herr Söder noch alle Nadeln an der Aleppokiefer hat. Hirn und Leber mit Alkohol abzutöten verbietet mir meine Religion. Und den Schweineleberkäse auch. Was also soll der Spruch von der Chipkarte, mit der nur bestimmte Lebensmittel gekauft werden können? Spricht hier der Sozialrassist, der glaubt, Migranten kämen nur deshalb übers Mittelmeer, weil sie sich in Deutschland auf dem Oktoberfest das Elend ihrer Fluchtgründe wegsaufen wollten? Bisschen zu tief ins Maß geschaut, gell.

Manfred Kramer, Frankfurt

Grünkohl ja, Korn nein

Das gab's schon mal, Herr Söder, und es hat nicht funktioniert: 1994 bekamen Asylbewerber in Delmenhorst einen 50-Euro-Wertgutschein, „nur einzulösen im Bereich der Stadt Delmenhorst" und nur für „Nahrungsmittel, Hygiene- und Reinigungsmittel". Ihrer zynischen Erläuterung „Leberkäse ja, Alkohol nein" entsprechend: Grünkohl ja, Korn nein.

Das Lehrerkollegium der Hauptschule West empörte sich öffentlich über das „diskriminierende und entmündigende Husarenstück" (Delmenhorster Kreisblatt 6.5.94). Es bildete sich die „Delmenhorster Initiative Gutscheintausch", die am 28.5.94 an einem Infostand auf dem Marktplatz die 50-Euro-Gutscheine gegen 50 Euro Bargeld und das Unterschreiben einer Vollmacht eintauschte. In der Vollmacht hieß es: „Hiermit bevollmächtige ich (Flüchtling) Dich (Einwohner), in meinem Namen mit den auf meinen Namen ausgestellten Wert- bzw. Warengutscheinen einkaufen zu gehen, da ich Angst habe vor Diskriminierung und möglichen Pöbeleien, wenn ich als ‚AusländerIn' mit diesen Gutscheinen einkaufen gehe."

Bestimmt gibt es heute auch in Bayern genug Menschen, die Ihr Anliegen in ähnlicher Weise ad absurdum führen dürften. Etwas Neues, Herr Söder scheint mir dagegen Ihr Wort „Integrationsgrenze" zu sein. Ich würde es allerdings weniger zahlenmäßig auf Deutschland beziehen wollen, sondern politisch auf die Landesgrenze Bayerns.

Elena Ezeani, Bremen

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20230926

Außerdem im FR-Blog: Bereitet die CDU den Rechten den Weg? Wie gefährlich ist die Ausbreitung rechten Gedankenguts für die deutsche Demokratie? Und: Bronski war im Urlaub - Fotos aus Frankreich.